

Beilage 1460/2008 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Einberufung eines Gipfelgespräches mit der Bundesregierung

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Öö. Landesregierung wird ersucht, ehestmöglich mit der Bundesregierung Gespräche über die weitere Vorgehensweise betreffend die österreichische Antiatompolitik unter Einbeziehung von NGOs und ExpertInnen zu führen.

Begründung:

Der oberösterreichische Landtag hat sich in den vergangenen 5 Jahren mehrmals an die Bundesregierung gewandt, und diese aufgefordert, Schritte für die Fortführung einer aktiven Antiatompolitik zu unternehmen.

Atomkraftwerke überschwemmen den Markt mit angeblich billigem Strom. Das Risiko allerdings trägt die Öffentlichkeit, weil Atomkraftwerke gegen atomare Unfälle nicht versicherbar sind. Das gilt auch für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle, die weltweit noch immer ungeklärt ist. Das führt zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Lasten erneuerbare Energien zur Erzeugung von Ökostrom. Atomenergie und die damit verbundenen ungelösten Probleme, wie z.B. die Endlagerung radioaktiven Abfalls sind somit auch kein taugliches Mittel für eine nachhaltige und glaubwürdige europäische Klimaschutzpolitik.

Linz, am 1. April 2008

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Wageneder, Schwarz, Trübswasser

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Weixelbaumer, Weinberger, Frauscher, Bernhofer, Kiesel, Entholzer, Schillhuber, Brunner, Steinkogler, Stanek, Bauer, Lackner-Strauss, Aichinger, Schürerer, Pühringer, Eisenrauch, Hingsamer, Hüttmayr, Ecker, Strugl, Mayr, Orthner, Stelzer, Jachs, Brandmayr

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Moser